

Wetzlar, 10. März 2009

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	23/2006-2011
Datum	02.02.2009
Sitzungsbeginn	09:05
Sitzungsende	13:55
Ort	großer Sitzungssaal (A 50), Wetzlar

Teilnehmer/innen

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth CDU

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike CDU
Bastian, Klaus CDU
Beer, Alexander CDU
Bender, Matthias CDU
Budde, Heiko CDU
Dr. Eckert, Peter CDU
Dr. Figge, Kurt CDU
Dr. Frey, Dirk CDU
Fünfsinn-Droß, Anja CDU
Horne, Eberhard CDU
Hund, Helmut CDU
Hüsken, Wilfried CDU
Irmer, Hans-Jürgen CDU
Klier, Reinhard CDU
Knöpp, Sascha CDU
Kraemer, Rabea CDU
Kreck, Matthias Gerhard CDU
Dr. Lenzen, Jürgen CDU
Löw, Franz-Ludwig CDU
Müller, Hartmut CDU
Müller, Jörg Michael CDU

Petersen, Nicole CDU
Dr. Preuschoff , Klaus-Jürgen CDU
Reif, Clemens CDU
Schönwetter, Tim CDU
Dr. Silbe, Katja CDU
Steinraths, Frank CDU
Steinruck, Dieter CDU
Würz, Elke CDU

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan SPD
Bangert, Armin SPD
Beimborn, Regina SPD
Benner, Hans SPD
Bergfeld, Heinz SPD
Betz, Karin SPD
Dommert, Ulrich SPD
Egler, Beatrix SPD
Engel, Jürgen SPD
Förster, Eckehard SPD
Froneberg, Walter SPD
Gabert, Nicole SPD
Grüger, Stephan SPD
Hartert, Holger SPD
Hartmann, Anke SPD
Harz-Bornwasser, Rüdiger SPD
Hensgen, Christel SPD
Janssen, Paul-Wilhelm SPD
Jung, Ursula SPD
Lotz, Erika SPD
Metz, Helmut SPD
Mörchen, Christine SPD
Ratz, Gunter SPD
Rauber, Heinz SPD
Rußmann, Klaus SPD
Schmidt, Ingrid SPD
Schmidt, Sigrun SPD

Mitglied der FWG-Fraktion

Blöcher, Dieter
Esch, Roland FWG
Euler, Horst FWG
Fuchs, Hans-Werner FWG
Jeschke, Ralf FWG
Ludwig, Jörg FWG
Schmidt, Karin FWG
Schweitzer, Martin FWG
Dr. Valet, Axel FWG

Mitglied der Fraktion B90/Die Grünen

Krohn, Malte B90/Die Grünen
Letzel, Knut B90/Die Grünen

Öztürk, Mürvet B90/Die Grünen
Schreiber, Heinz B90/Die Grünen
Tacke, Krimhild B90/Die Grünen

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde FDP
Kornmann, Sigrid FDP
Schmidt, Joachim FDP

Mitglied der NPD

Linke, Lutz NPD

Parteilos

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang SPD

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang FWG

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Anschütz, Hans-Günter FWG
Droß, Steffen CDU
Hilk, Helene SPD
Hugo, Klaus B90/Die Grünen
Jackel, Hans CDU
Kaufmann-Ohl, Günther B90/Die Grünen
Luh, Edgar CDU
Schneider, Karl-Heinz CDU
Schüler, Karl-Heinz CDU
Spamer, Eberhard SPD
Spieß, Udo FDP
Weber, Bernd FWG
Werner, Wilhelm SPD

Schriftführer

Grygar, Norbert

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

Von der Verwaltung

Granzer, Ulrike
Kröckel, Dieter
Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlt entschuldigt

Drill, Frank SPD
Hackbusch, Dietrich CDU
Landau, Ursula CDU Kreisbeigeordnete
Palm, Ludwig NPD
Rompf, Markus parteilos
Tegel, Adolf Die Tierschutzpartei
Wegricht, Roland SPD Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Amtseinführung eines nachrückenden ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten
Drucksache 2/2009

TOP 4

Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 ;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 11/2009

TOP 5

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2009 mit Investitionsprogramm sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;
1. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk "Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2009
2. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2008 - 2012
3. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2009 mit Haushaltsplan
Drucksache 192/2008

TOP 6

"Bioregio Holz" ;
Antrag von SPD, FWG, B90/Die Grünen vom 06.01.2009
Drucksache 1/2009

TOP 7

Prioritätenliste für den Schulbereich
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2009
Drucksache 5/2009

TOP 8

Nutzung kreiseigener Hallen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 7/2009

TOP 9

Sachstandsbericht Änderungen Tagesmütterkonzept;
Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.2009
Drucksache 3/2009

TOP 10

Schulinspektionsberichte;
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2009
Drucksache 4/2009

TOP 11

Sachstandsbericht Archivierung;
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.01.2009
Drucksache 6/2009

Vorsitzende Müller eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann, den ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Günther Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 15. Januar 2009 form- und fristgerecht eingeladen. Der Haushaltsplanentwurf (TOP 4) ist mit der Einbringung des Haushaltes in der letzten Kreistagsitzung am 01.12.2008 verteilt worden. Die dazugehörige Vorlage (Drucksache Nr. 192/2008) ist mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Im Nachgang zur Einladung sind den Abgeordneten mit Schreiben vom 23. Januar 2009 die bis dato vorliegenden Anträge der Fraktionen und des Landrates zum Haushaltsplan zugesandt worden.

Die amtliche Bekanntmachung der Kreistagsitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet erfolgte am 29. Januar 2009.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 21. Januar 2009 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzende Müller teilt mit, dass der Ältestenrat empfohlen hat, die Tagesordnungspunkte 7 und 11 zu tauschen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht, so dass diese als genehmigt gilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Kreistag dem verstorbenen ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Wolfgang Reinschmidt.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

a) Mitteilungen des Kreisausschusses

Siehe Anlage Nr. 1 der Niederschrift.

Ergänzend teilt **Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl (Bündnis 90/Die Grünen)** mit, dass es in den letzten Wochen einige Entwicklungen auf Bundesebene gegeben hat, die den Kreis als Mitträger des SGB II betreffen (Hartz IV und Schüler/innen-Hilfsfond). Zum 01. Januar dieses Jahres wurde das Kindergeld erhöht. Dies betrifft die Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben nicht, weil diese Erhöhungen bis auf den letzten Cent auf die Transferleistungen angerechnet werden. Weiter hat die Bundesregierung beschlossen, jährlich 100 EUR an Erstausrüstung für Schulbedarfe der Kinder auszugeben. Diese Förderung wird nicht auf die Transferleistungen angerechnet und entlastet den Fond des Kreises. Ab Mitte des Jahres soll der Regelsatz für Kinder bis zum 14. Lebensjahr um 10 % angehoben werden. Er geht darauf näher ein. Man hofft, dass sich das Bundesverfassungsgericht im Herbst dieses Jahres dazu äußert. Auch dies wird Auswirkungen auf die Finanzen des Kreises haben. Von der hessischen Sozialministerin wurde mitgeteilt, dass der Härtefond des Landes, der zunächst bis Ende Januar dieses Jahres befristet war, weiter aufrechterhalten wird. Das Land Hessen hat entschieden, dass Pflegestützpunkte eingerichtet werden. Dies war eine offene Frage des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes. Man möchte gerne auf den bewährten Strukturen aufbauen unter Vermeidung von parallelen Strukturen und von zusätzlichen Kosten. Dazu sind die Pflegekassen, die das finanzieren müssen, angeschrieben worden, leider bisher ohne Antwort. Abschließend weist er auf eine Veranstaltung zur Kinderarmut im Lahn-Dill-Kreis hin, die am 25. Februar stattfindet.

In Vertretung und im Auftrag des erkrankten Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Wegricht teilt **Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl (Bündnis 90/Die Grünen)** mit, dass er im Akteneinsichtsausschuss „Schulinspektionen“ zugesagt hat, dass der Kreisausschuss künftig die Teile der Schulinspektionsberichte, die dem Lahn-Dill-Kreis zugänglich sind, den Fraktionen ungefragt zustellen wird.

b) Mitteilungen der Kreistagsvorsitzenden

- Terminplan der Gremiensitzungen

Nach der letzten verteilten Terminübersicht der Gremiensitzungen haben sich Änderungen bei den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ergeben. Ferner sind eine Sitzung des Ältestenrates am 19.10.2009 und eine des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses am 05.11.2009 hinzugekommen.

- Steuerbescheinigungen für das Finanzamt

Auf den Plätzen verteilt wurden die Steuerbescheinigungen für das Finanzamt über erhaltene Entschädigungsleistungen in 2008. Anders als in den vergangenen Jahren enthalten diese Bescheinigungen alle in 2008 abgerechneten Sitzungen. Sitzungen aus 2008 die in 2009 abgerechnet wurden, werden erst mit der Steuerbescheinigung für das laufende Jahr berücksichtigt. In einem Fall hat sich herausgestellt, dass die Steuerbescheinigung geleistete pauschale Aufwandsentschädigungen nicht enthält. Dies ist offensichtlich ein Programmfehler des neuen Systems. Daher sollten alle Abgeordneten, bevor sie die Bescheinigung beim Finanzamt abgeben, diese inhaltlich überprüfen.

- Hinweis der Verwaltung:

betr.: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2008 (Drucksache Nr. 197/2008)

In der Sitzung des Kreistages am 01.12.2008 wurde der Kreisausschuss beauftragt zu prüfen, ob die Ausschreibung für die bauliche Unterhaltung von einem jährlichen Turnus auf einen Zweijahresrhythmus erweitert werden kann. Von Abgeordneten Jeschke als Kreishandwerksmeister wurde zugesagt, eine Stellungnahme der Kreishandwerkerschaft einzuholen. Diese lautet wie folgt:

„In der kürzlich stattgefundenen Vorstandssitzung der Kreishandwerkerschaft Lahn-Dill ist der Vorstand mehrheitlich zu dem Entschluss gekommen, wie von der CDU beantragt, die Ausschreibung für die bauliche Unterhaltung im Lahn-Dill-Kreis ab dem kommenden Vergabebjahr 2009/2010, also vom 01. April 2009 bis einschließlich 30. März 2011 auf einen zweijährigen Rhythmus zu erweitern“.

Zu TOP 2
Fragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

Zu TOP 3
Amtseinführung eines nachrückenden ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten
Drucksache 2/2009

Vorsitzende Müller führt Herrn Hans-Günter Anschütz in sein Amt als ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter ein und verpflichtet ihn gemäß § 40 HKO in Verbindung mit § 46 Abs. 2 HGO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

Landrat Schuster (SPD) überreicht die Ernennungsurkunde und verliest deren Text.

Danach leistet Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Anschütz vor Kreistagsvorsitzenden Müller seinen Diensteid ab.

Als Nachrücker für Herrn Anschütz heißt **Vorsitzende Müller** Herrn Dieter Blöcher aus Eschenburg in den Reihen des Kreistages herzlich willkommen und wünscht ihm eine gute Zusammenarbeit.

Zu TOP 4
Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 ;
hier: Bericht über das Ergebnis der Anhörung der Städte und Gemeinden
Drucksache 11/2009

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) verweist auf die Pflicht, den Kommunen den Haushaltsentwurf des Kreises zur Verfügung zu stellen. 9 der 23 Städte und Gemeinden des Kreises haben sich zum Entwurf des Kreishaushalts geäußert. Schaut man sich die Stellungnahmen an, so bedeutet dies ein Aufschrei der Kommunen hinsichtlich der Mitfinanzierung des Kreishaushalts. Er hält die vorgesehenen Umlagesätze für zu hoch und verweist auf die Höchstgrenze von 58 %. Viele Kommunen waren auch der Auffassung, dass die Haushaltskonsolidierung ernsthafter zu betreiben wäre. Mit diesem wichtigen Faktor sollte man sich hier im Hause ernsthaft auseinandersetzen. Dies mit der Zuständigkeit des Regierungspräsidenten abzutun, ist nicht richtig. Die Darstellung der Kommunen sollte sehr ernst genommen werden und man muss sich mit den gestellten Forderungen konfrontiert sehen. Wenn schon Anhörungen durchgeführt werden, sind diese auch ernst zu nehmen.

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass man zu diesem Tagesordnungspunkt keine Abstimmung vorzunehmen hat. Sie stellt fest, dass der Kreistag den Bericht zur Kenntnis genommen hat.

Gegen die Feststellung erheben sich keine Einwende.

Zu TOP 5

Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2009 mit Investitionsprogramm sowie Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe des Lahn-Dill-Kreises;

1. Kenntnisnahme, Beratung und Beschlussfassung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD), Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung und Besucherbergwerk "Grube Fortuna" für das Wirtschaftsjahr 2009
2. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs des Investitionsprogramms des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2008 - 2012
3. Feststellung, Beratung und Beschlussfassung des Entwurfs der Haushaltssatzung des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2009 mit Haushaltsplan

Drucksache 192/2008

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses. Der Ausschuss hat sich mit dem Haushaltsentwurf 2009 befasst. Zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe Abfallwirtschaft, Grube Fortuna und Lahn-Dill-Akademie hat der Ausschuss einstimmig seine Zustimmung erteilt. Er lobt die Power-Point-Präsentation zu den wesentlichen Veränderungen des Haushalts 2009 und dankt dem Initiator und auch Landrat Schuster für die Darstellung. Der Ausschuss hat sich auch mit den Änderungsanträgen zum Haushalt befasst, worauf er näher eingeht. Insgesamt fand der Kreishaushalt 2009 die Zustimmung im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss.

Auf Befragen der **Vorsitzenden Müller** verzichten die Vorsitzenden der Fachausschüsse auf ihren Bericht.

Vorsitzende Müller eröffnet alsdann die Haushaltsdebatte.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) spricht den Antrag des Landrates zum Haushalt 2009 mit den darin enthaltenen einzelnen Punkten an und bittet den Landrat dazu um Erläuterungen.

Landrat Schuster (SPD) macht deutlich, dass der Haushalt 2009 im Vergleich zur Vergangenheit ausgeglichen ist. Wie die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr den Haushalt beeinträchtigen wird, bleibt abzuwarten. Es ist gelungen, auch auf Grundlage der Stellungnahmen der Städte und Gemeinden den Hebesatz auf 58 % zu begrenzen. Im Ergebnishaushalt sind Mittel herausgenommen worden, was letztendlich dazu führt, dass diese 58 Punkte erreicht werden können, wobei er deutlich macht, dass es keine gesetzliche Obergrenze von 58 % Umlage gibt. Wenn diese 58 Punkte eine politische Hürde darstellen sollten, dann gilt dies auch für die Leistungen. Zu den einzelnen reduzierten Ansätzen bzw. angehobenen Einnahmepositionen (Baugenehmigungsgebühren, Energiekosten, Instandhaltung und bauliche Investitionen an Schulen) macht er weitere Ausführungen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen gibt der Lahn-Dill-Kreis über 81 Millionen EUR aus und damit Gelder, die auf den Markt gebracht werden. Schwerpunkt wird sein, bis zum Dezember 2009 die 42,6 Millionen EUR aus dem Sonderprogramm des Landes Hessen auszugeben. Man hat nicht nach einzelnen Maßnahmen filetiert, sondern einen Wert von 2,29 % des Brandversicherungswertes für Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Ähnliches gilt bei der Unterhaltung von Kreisstraßen, die im Ergebnishaushalt nicht nach Einzelmaßnahmen aufgeschlüsselt sind. Auch auf den negativ korrigierten Wert bei den Kosten der Unterkunft für

Hartz-IV-Empfänger geht er näher ein. Ob die angepassten Transferleistungen von 65 Millionen EUR so eintreten werden, kann er nicht garantieren. Geholfen hat auch die Reduzierung der LWV-Umlage. Auch dazu macht er weitere Ausführungen. Insgesamt konnte man die Schulumlage um 7,162 Millionen EUR und die der Kreisumlage um 1,1 Millionen EUR senken. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf das Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen ein. Dafür stehen 44,6 Millionen EUR zur Verfügung. Für Ausstattungsverbesserungen sind insgesamt 8 Millionen EUR vorgesehen, so dass insgesamt rund 52 Millionen EUR verfügbar sind. Im Ausschuss hat man sich auf Anregung von Herrn Steinruck darauf verständigt, zunächst diese Mittel abzurufen und dann die restlichen im Investitionsprogramm ausgewiesenen Beträge.

Abgeordneter Schmidt (FDP) meint, dass man Pläne so stricken kann, dass sie dem entgegenkommen, was man eigentlich aussagen will. Dies mit Blick auf die Überschrift „Dieser Plan ist ausgeglichen“. Spätestens mit der Jahresschlussrechnung wird man sehen, was zutreffend war. Die Frage wird sein, ob das, was man als Plan angenommen hat, auch realistisch ist. 58 % als Deckelung für die Umlage der Kommunen ist kein Ergebnis von besonderen Anstrengungen des Kreises, sondern ist in erster Linie den Konjunkturprogrammen des Landes zu verdanken. Dies sollte gesagt werden, damit nicht verkannt wird, wer zu was beigetragen hat. Seit längerer Zeit ist wieder ein ausgeglichener Haushaltsentwurf vorgelegt worden. Auf die Belastungen der Städte und Gemeinden, bedingt durch die Schul- und Kreisumlage, geht er näher ein. Der Vorgabe des Regierungspräsidiums, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wurde nachgekommen, in dem man die Einnahmeseite, nämlich die Umlagen durch die Städte und Gemeinden so justiert hat, dass man rechnerisch diese Aufgabe erfüllen konnte. Seine Fraktion hat in den letzten Jahren die jeweilige Kreisregierung als Opposition konstruktiv begleitet. Fundamentalopposition ist nicht die Sache seiner Fraktion. Zum Thema Haushaltskonsolidierung hat man sich durchgängig in allen Haushaltsberatungen geäußert und eigene Vorschläge unterbreitet. Nach dem Amtsantritt des jetzigen Landrates hat man kundgetan, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet, aber noch viel zu leisten ist. Dem Haushaltsplan 2008 konnte seine Fraktion zustimmen, nachdem der Kreistag dem Begleitantrag einstimmig gefolgt ist. Im Zuge der Haushaltsberatungen 2009 hat man sich die Mühe gemacht, zu prüfen, was aus all den Anträgen, die in der Vergangenheit von seiner Fraktion zum Haushalt gestellt worden sind, geworden ist. Das Fazit ist mehr als ernüchternd. Der Regierungspräsident musste mehrfach massiv intervenieren, dass sich der Kreis überhaupt mit dem Thema Haushaltssicherung auseinandergesetzt hat. Eine Organisationsuntersuchung wurde zwar begonnen, aber nicht flächendeckend. Dort, wo die größten Optimierungspotentiale liegen, nämlich bei den Geschäftsbeziehungen der einzelnen Einheiten untereinander, hat man weniger hingeschaut. Das Konzept zur Optimierung kommunaler Schulpolitik lässt weiter auf sich warten. Nach wie vor stolpert man von Erkenntnis zu Erkenntnis, von Schadenfall zu Schadenfall und von Einzelentscheidung zu Einzelentscheidung. Ebenso wartet man weiter auf Konsequenzen, wie man das Thema Demographie in die Debatte einbezieht. Es sind viele Beschlüsse gefasst worden, auf deren Umsetzung man nach wie vor wartet. Der Kreistag müsste sich eigentlich darüber Gedanken machen, wie man die Belastung der Kommunen auf ein vertretbares Maß senkt und wie man verhindert, dass die Untätigkeit des Kreises in Sachen Haushaltskonsolidierung zum Finanzkollaps führt. Seine Fraktion hat beantragt, die Höhe der Belastungen der Städte und Gemeinden auf 58 % zu reduzieren. Dem Kreisausschuss sollte damit aufgegeben werden, das Zahlenwerk zu überarbeiten und den Einnahmeausfall durch Vorschläge zu kompensieren. So wäre der Kreisausschuss gezwungen worden, sich der Struktur der Kosten anzunehmen, um damit nachhaltig auf den Kreishaushalt zu wirken. Der Zufall wollte es, dass auf den Kreis ein warmer Geldregen zukommt. Nur diesem Geldsegen ist es zu verdanken, dass die Kommunen in erträglichem Maße durch die Umlage belastet werden. Das bedeutet, dass man für die Belastung der Kommunen lediglich eine Auszeit für ein Jahr hat. Eine langfristige Entlastung ist nicht zu erwarten. Das Jahresergebnis 2008 wurde entlastet durch drastische Rückgänge im Bereich der Transferleistungen. Das Jahr 2009 wird vor allem durch das Konjunkturprogramm des Landes entlastet. Beides hat nichts mit Konsolidierung zu tun. In den nächsten Jahren werden sich die Rahmenbedingungen dramatisch verändern und wie dann die

Probleme gelöst werden sollen, bleibt abzuwarten. Dass man die Augen davor verschließt, was auf einen zukommt, ist der falsche Weg. Angesichts der Tatsache, dass man mit den Bemühungen, den Kreisausschuss und die politische Spitze des Kreises zu ermuntern, sich des Themas Konsolidierung anzunehmen, trotz mehrfacher Mehrheitsbeschlüsse gescheitert ist, angesichts der Tatsache, dass eine Optimierung der Schulpolitik des Kreises mit Blick auf Bauschäden, Ausstattung und Demographie nicht erkennbar ist und angesichts der Tatsache, dass die jetzt avisierte Entlastung der Städte und Gemeinden nicht durch eine strukturelle Änderung herbeigeführt wurde und angesichts der Tatsache, dass nachträgliche Kürzungen in Haushaltspositionen, die zum Erreichen eines ausgeglichenen Ergebnisses beitragen sollen, auf zu optimistischen Annahmen beruhen, sieht sich seine Fraktion nicht im Stande, dem Haushalt zuzustimmen. Ganz anders verhält es sich mit den Eigenbetrieben des Kreises. Sie sind aus Sicht seiner Fraktion ein Beispiel dafür, wie man effizient und optimal arbeitet, wie man die wirtschaftliche Situation durch konsequentes Handeln optimieren kann. Den Wirtschaftsplänen dieser Betriebe wird seine Fraktion zustimmen. In seinen weiteren Ausführungen spricht er das Schulsanierungsprogramm an. Hier hat man eine Liste die 30 der 98 Schulen berücksichtigt. Für die politischen Gremien des Kreises ist es nicht einfach nachzuvollziehen, ob jede einzelne Entscheidung so politisch mitgetragen werden kann. Der Schuldezernent konnte in der letzten Sitzung des Bauausschusses auf die Frage, ob die ausgewählten Schulen demographiefest sind, keine Antwort geben. In der entsprechenden Projektgruppe ist man jetzt erst dabei, Kriterien für die Demographiefestigkeit der Schulen der Sekundarstufe analog der Kriterien für die Grundschulen zu entwickeln. Von daher besteht hier ein Unsicherheitsfaktor, was man auch trotz der Kürze der Zeit hätte anders vorbereiten können. Wenn man darauf wartet, ob in Hessen eine Rot-Grünen-Regierung zustande kommt und die Arbeit in dieser Arbeitsgruppe schleifen lässt, braucht man sich nicht wundern, wenn man jetzt vor diesem Ergebnis steht. Am Beispiel der Zerschlagung der gymnasialen Oberstufe macht er deutlich, dass man sich an Einzelentscheidungen bindet und man dadurch nicht mehr frei ist, sich mit der gesamten Thematik auseinander zu setzen. Er geht darauf noch näher ein. Die vorgelegte Liste, die im Rahmen des Haushaltes beschlossen werden soll, ist mit Fragezeichen zu versehen, wobei man nicht verhindern will, dass das Geld, was von Seiten des Landes kommt, in den Kreis fließen soll. Selbst wenn der Haushalt keine Mehrheit finden würde, fließen diese Mittel in den Kreis.

Abgeordneter Jörg Michael Müller (CDU) hat Zweifel, dass die Mehrheitskoalition in irgendeiner Form etwas ändern will, wenn man den gesamten Verantwortungszeitraum betrachtet. Dies ist das eigentlich Tragische. Tragisch ist nicht, dass es Probleme gibt und das man Schwierigkeiten mit der Finanzierung hat, worauf er näher eingeht. Kreise sind abhängig hinsichtlich ihrer Finanzierung. Seit mehreren Jahrzehnten hört man, „weiter so und es ist alles gut, was der jeweilige Landrat macht und wie findig man ist“. Gefunden werden immer nur der einfachste Weg und die einfachste Methode, Haushaltsberatungen möglichst schnell zu erledigen. Man sollte sich vor den Zeitpunkt zurückversetzen als noch nicht feststand, dass ein Geldsegen ins Haus steht. Damals hat man sich über die Ausgaben im Haushalt keine Gedanken gemacht, sondern lediglich versucht, die Einnahmen in Form von Umlageerhöhungen zu verbessern, was zu einem Aufschrei bei den Bürgermeistern des Kreises geführt hat. Wenn man sich vorstellt, dass Konjunkturprogramm wäre nicht da, dann ist von seiner Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder angeboten worden, Dinge gemeinsam zu besprechen. Das Ergebnis war, dass man einen Ordner erhält, in dem über die Subtimekrise gejammert wird und die Ergebnisse abzulesen sind. Es wird kein Gedanke daran verschwendet zur Frage, wie es weitergeht und was man grundlegend überdenken könnte. Kein Hinweis, was strukturell verändert werden könnte und keine Antwort auf die Frage, was bei der Instandsetzung gemacht wird. Auch eine Zielsetzung des Landkreises zum Thema Schulentwicklung ist nicht erkennbar. Zwei Jahre lang hat man es bei einer absehbaren Katastrophe nicht fertig gebracht, einen Schulentwicklungsplan modifiziert zu diskutieren. Das Verfahren ist ritualisiert. Da sitzen welche, die sich zu einer Koalition zusammengefunden haben und diese befinden alles, was der Kreisausschuss produziert und wenn es der größte Mist ist, für gut. Es wird nicht kritisch diskutiert. Man setzt sich nicht hin und überlegt, wie man die Grundproblematik verändern

kann. Die größere Respektlosigkeit ist, dass Fragen von Abgeordneten zu Haushaltsinhalten noch nicht einmal beantwortet werden. Auf eine Frage, wo denn die 15 Millionen der Schulinvestitions- und Unterhaltungsmaßnahmen, die im Haushalt als allgemeiner Betrag enthalten sind, hin sollen, hat man die Antwort verweigert. Es wird verständlich, warum man das Angebot von Fraktionsvorsitzendem Irmer, manche Dinge gemeinsam anzugehen, abgelehnt hat, weil manche Antworten möglicherweise gar nicht gegeben werden wollten und weil man damit in eine schwierige Situation gekommen wäre, nämlich zuzugeben, dass es gar keine Planung gibt. Sie wären in die schwierige Situation gekommen darstellen zu müssen, dass es eine Abteilung dieses Hauses gibt, die unter der Führung eines hauptamtlichen Kreisbeigeordneten schlicht und einfach nicht mehr funktioniert und diese Abteilung verbraucht sehr viel Geld, was richtig ist. Dabei muss man wissen, dass ein Großteil der Investitionen aus den Jahren 2007 und 2008 überhaupt nicht verbaut worden ist. Was ist geschehen und was hat man verändert? Hat sich überhaupt etwas in dieser Abteilung verändert, ist der Kreistag darüber informiert worden? Man muss sich die Frage stellen, wie das Sechsfache dieser Summe ausgegeben werden soll, wenn man noch nicht einmal die 7 Millionen EUR aus dem Jahr 2007 ordnungsgemäß verbauen konnte. Hat der Landrat erklärt, wie er das machen will? Es ist auch nicht gesagt worden, dass entsprechende Strukturmaßnahmen in der Abteilung getroffen wurden. Dies kann er auch nicht. So hat der Haushaltsentwurf weitere Mängel, wenn man das rettende Konjunkturprogramm außen vor lässt. Zum Beispiel die Stellenproblematik. Im Vorbericht steht, dass mit dem Stellensparen Schluss ist, weil die Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllt werden können. Seit vielen Jahren fragt seine Fraktion, wie das man den Personalstellen aussieht. Man will lediglich wissen, wo welche Stellen wie veranschlagt sind. Seit 15 Jahren bekommt man auf diese Frage keine Antwort. Entweder will man keine Antwort geben, oder man weiß es selber nicht. Wenn man sich den Stellenplan anschaut, so ist dieser gesetzeswidrig, weil die Planungssituation und die Darstellung falsch sind. Angesichts der hohen Umlage, die die Kommunen zu entrichten haben, muss die Frage sein, wo kann der Lahn-Dill-Kreis strukturell auf andere Füße gestellt und was kann überhaupt verändert werden. Was wäre passiert, wenn das Konjunkturprogramm nicht da wäre. Der Landrat hätte den Umlagesatz auch auf 58 % gesetzt, weil er die Mehrheiten für den Haushalt benötigt. Dann wäre zwar das Hauptziel erreicht und der Haushalt durchgegangen, aber mit welcher Folge. Man hätte einen Nachtrag bekommen, weil wiederum der hauptamtliche Kreisausschuss nicht überlegt hat, was wirklich verändert werden kann. Man muss sich fragen, mit welchem Inhalt man angetreten ist, weil zu einem Haushalt auch die politische Verantwortlichkeit und das politische Thema gehört. Das politische Thema war der familienfreundliche Landkreis und was wurde im vergangenen Jahr diesbezüglich gemacht? In diesem Haushalt sind keine Innovationen zu erkennen und wenn man sich das Schulbauprogramm anschaut, ist dies ein Aktionismus ohne Inhalt. Er macht dies am Beispiel der Comeniusschule deutlich. In seinem weiteren Redebeitrag kommt er auf die Inspektionsberichte zu sprechen, aus denen zu entnehmen ist, dass einiges im Argen liegt. Warum kann man nicht darüber diskutieren, was im Argen liegt. Dies ist schließlich Aufgabe des Kreistages. Eine solche Geheimpolitik funktioniert nicht in Zeiten wie diesen. Jetzt hat man das Glück des Konjunkturpaketes und was hat man gemacht? Man hat den alten Haushalt genommen und gesagt, von den 15 Millionen hat man so wie so den größten Betrag nicht erklären können und daher streicht man davon etwas heraus. Waren die gestrichenen 7 Millionen EUR nicht mehr erforderlich und eine Nullnummer? Es hätte nichts herausgestrichen werden dürfen, was man so wie so hätte machen müssen. Nun ist diese Summe weg und niemand sagt, was denn nicht mehr nötig ist. Man hat keine Prioritätenliste und keine Vorstellung, was Schule an Lahn und Dill bedeutet. Seine Fraktion hat vor einem Jahr gefordert, eine Schulkonzeption und Schulentwicklung vorzulegen. Selbst die demographischen Voraussagen vor einem Jahr sind zum Teil nicht zutreffend. Entweder hat sich die Demographie verändert oder die Planung war falsch. Dies ist ein laufender Prozess und man muss sagen, was man hat und wo man hin will. Wenn man den Schulbereich außer Acht lässt, gibt es nicht mehr viel. Er lobt den Bereich Soziales unter der Verantwortung von Herrn Kaufmann-Ohl. Hier hat man noch nie so offene Antworten erhalten und konstruktiv miteinander diskutieren können. Die restliche Entwicklung ist katastrophal. In diesem kleinen Restbereich wird gar nichts mehr

wahrgenommen. Hier sollte eine Änderung in Form einer Frühpensionierung vorgenommen werden. So ist von seiner Fraktion eine Vision für den Bereich der Krankenhäuser angefordert worden. Man will zumindest wissen, was sich der Dezernent vorstellt. Man weiß es nicht. Aufgabe von Hauptamtlichen ist es, zu sagen, was ist unser Plan. Daher muss man sich auch in diesem Punkt des Haushalts mehr bewegen. In Bezug auf den Antrag des Landrates ist es seine Aufgabe als Vorsitzender des Verwaltungsvorstandes, den Kreisausschuss mitzunehmen. Dort sitzen auch ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, die zumindest das Recht haben und die Pflicht, mitgenommen zu werden. Da genügt es nicht, nur ein bisschen zu informieren. In 29 Jahren Regierungszeit hat man es nicht geschafft, den Haushalt des Landkreises strukturell auf festen Boden zu stellen. Und jetzt ist nur der Umstand schuld, dass man vom Land zu wenig Geld bekommt. Es wird immer nur gesagt, die Anderen sind schuld. Daher sagt seine Fraktion, dieser Haushalt ist noch schlimmer als die vergangenen, weil er weder nach vorne zeigt, weder erklärt, noch Auskunft gibt, was der Landkreis mit dem Geld tatsächlich machen will. Man muss sich fragen, ob die Schulliste diskutiert wurde und sich ein Ausschuss damit beschäftigt hat. Die Antwort ist „nein“. Seit Jahren betreibt man Haushaltskonsolidierung, die sich mit Kleckerbeträgen beschäftigt, mit einer Ausnahme, dass man ein paar Gutachten in Höhe von 100.000 EUR herausgestrichen hat. Was ist Ihre Haushaltskonsolidierung? Die Zukunft dieses Landkreises ist dunkel und düster, sie ist kein Wind, sondern ein Sog.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) meint, dass die FDP mit Richtungsentscheidungen ihre Probleme hat. Defizitären Haushalten wird zugestimmt und einem ausgeglichenen Haushalt der nun vorliegt, will man die Zustimmung verweigern. Dies ist ein schizophrenes Abstimmungsverhalten. Sie macht deutlich, dass niemand die Zerschlagung der Oberstufenschule in Wetzlar plant. Es ist ein Prüfantrag mit einer entsprechenden Schulorganisationsänderung auf den Weg gebracht worden und auf diesem Antrag ist auch die Unterschrift des Fraktionsvorsitzenden der CDU. Man sollte also nicht so tun, als ob alles einseitig entschieden würde. Man muss sich auch fragen, wo die Anträge der Oppositionsparteien für diesen Haushalt sind. Wer anderen Mutlosigkeit vorwirft und selber nichts auf den Weg bringt, sollte sich selber kneifen. Wenn man sich die Genese des Haushaltes genauer anschaut, so ist dieser ausgeglichen und bietet somit eine solide Grundlage für die Genehmigungsfähigkeit durch den Regierungspräsidenten. Der aktuelle Entwurf basiert auf Umlagesätzen, die den Kommunen sehr deutlich entgegenkommen. 58 % scheint die Grenze dessen zu sein, was für die Kommunen noch tragbar ist. Dies wird auch aus den Stellungnahmen der Städte und Gemeinden deutlich. Dabei darf man nicht verkennen, dass es auch für einen Landkreis Grenzen der Belastbarkeit gibt. Die hessischen Landkreise bewegen sich im Spannungsfeld von gestiegenen Ausgaben, einer miesen finanziellen Ausstattung und der Genehmigungsbehörde. Dies bedeutet nichts anderes, als das die kommunale Familie gegenseitig Rücksicht nehmen muss, um die gestellten Pflichtaufgaben zu erfüllen. Für 2009 hat man im Bereich Schule und Bauen, besonders gute Rahmenbedingungen. Das Sonderschulbauprogramm des Landes Hessen hilft ganz konkret, Probleme vor Ort zu lösen. Es sind Mittel, die auch den handwerklichen Betrieben zugute kommen und Arbeitsplätze sichern. Daher begrüßt ihre Fraktion ausdrücklich, dass das Land Hessen hier aktiv geworden ist. In 2009 wird der Lahn-Dill-Kreis 81 Millionen EUR für den Schulbau ausgeben können. Dies bedeutet eine solide Grundlage für die Zukunft der Kinder. Die Aufwendungen für die Instandhaltungen der Schulen belaufen sich über 8 Millionen EUR und die der baulichen Investitionen auf rund 72 Millionen EUR. Die erwähnten 6,6 Millionen EUR nimmt der Kreis nicht, um sich selbst zu finanzieren, im Gegenteil, das Geld kommt den Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis über die Umlagensenkung direkt zugute. Wer das kritisiert, hat den Gesamtüberblick nicht. Hier ist ein Mechanismus deutlich geworden, nämlich, dass Bund, Land und Kommunen kooperieren für die Zukunftsfähigkeit der Schulen und Hochschulen. So wurden die IZBB-Mittel aus Berlin gerne genommen, weil sie dazu beigetragen haben, dass es bei den Ganztagschulen endlich weiterging. Heute hat man eine ähnliche Situation. Konjunkturprogramme des Bundes helfen den Ländern, Landkreisen und Kommunen. Hier benötigt man keine Bedenkenträger, sondern eine schnelle unbürokratische Umsetzung. Mit dem Konjunkturprogramm des Landes Hessen

werden jede Menge Mittel draufgesattelt und das ist gut so. Darauf hat die Verwaltung sehr schnell reagiert. Die geforderte Prioritätenliste lag schon bei den Ausschussberatungen letzte Woche vor. Hier gibt es keine Mittelverteilung im Blindprinzip, wie es die Opposition gesagt hat. Die vorgesehenen Schulen wurden genauestens von der Expertengruppe auf Standsicherheit und Brandschutz untersucht. So etwas können andere Landkreise in Hessen noch nicht vorweisen. Es werden Mittel in Schulen investiert, die eine sprichwörtliche tragfähige Bausubstanz haben. In diesem Zuge werden die Schulen energietechnisch auf den neuesten Stand gebracht. Durch die Voruntersuchungen hat man beim Lahn-Dill-Kreis einen erheblichen qualitativen Vorteil, den es nun zu nutzen gilt. Die Prioritätenliste enthält nur Schulen, die demographiefest, baulich tragfähig sind und insgesamt eine regional ausgewogene Landkarte ergeben. Wer dann von unsachgemäßer Mittelverteilung spricht, will die Realität nicht zur Kenntnis nehmen. Wer 81 Millionen EUR investieren will, braucht auch die notwendige Personalausstattung dafür. Im Stellenplan sind 5 neue Stellen vorgesehen. Ihre Fraktion ist der Auffassung, dass diese Stellen unbedingt notwendig sind. Es darf nicht sein, dass nachfolgende Generationen sagen, was hat man damals für einen Pfusch am Bau betrieben. Das hatte man schon einmal und aus diesen Dingen muss man lernen. Die eingerichtete Arbeitsgruppe wird dafür sorgen, dass die 8 Millionen EUR für die Schulausstattung an Schulen gleichberechtigt verteilt werden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Klar ist, dass bei den Schulen noch viel Arbeit dazukommt. So ist der Prüfantrag Goetheschule noch nicht abgearbeitet. Die Ergebnisse werden sich direkt auf die Schulstruktur der Mittelstufenschulen auswirken. Das bleibt abzuwarten und dann muss entschieden werden. Das bedeutet aber nicht, dass man die Grundplanung für die Schulen im Lahn-Dill-Kreis nicht weiterführt. Von den Regierungsfractionen ist bewusst ein Antrag eingebracht worden, der Stellenanteile in das nächste Jahr verschiebt. Man will keine grundsätzlichen Streichungen, sondern die Ergebnisse der Organisationsgutachten als Leitlinie für politische Entscheidungen abwarten. Bei den Stellenverschiebungen ist der Bereich Kindeswohlgefährdung ausdrücklich nicht betroffen. Hier wurden bereits im letzten Jahr neue Stellen geschaffen. Mit dem Sperrvermerk an der Pestalozzischule in Herborn-Schönbach geht man einen unbequemen Weg, weil jeder weiß, dass diese Schule nicht mehr demographiefest ist und dort ein hoher Sanierungsbedarf besteht. Die Kritik, dass der Haushalt kein Zeichen hinsichtlich Familienfreundlichkeit setzt, ist unberechtigt. So wird die Schulsozialarbeit massiv ausgebaut. 54 von 73 Grundschulen haben ein Betreuungsangebot, Dreiviertel der Mittelstufenschulen bieten ein Ganztagesangebot an und jedes Kind im Kindergartenalter hat einen Kindergartenplatz. Der Grundsatz „ambulante Hilfe vor stationärer Hilfe“ muss der Leitsatz beim Lahn-Dill-Kreis bleiben. Dies mit Blick auf die nicht standfeste Demographie der deutschen Gesellschaft. Der Lahn-Dill-Kreis hat das Ziel, eine flächendeckende Versorgung mit niedrig schwelligen Betreuungsangeboten aufzubauen. Wenn dies gelingt, erfahren pflegende Angehörige die dringend notwendige Entlastung. So wird die Altenpflegeschule in Haiger Stück für Stück zu einem Kompetenzzentrum ausgebaut. Hierfür sind die Planungen ausführlich durch den zuständigen Dezernenten in den Ausschusssitzungen erläutert worden. Das der Lahn-Dill-Kreis mit dem Schüler/innen-Hilfsfond freiwillige Akzente in Richtung Kinderarmut setzt, ist bemerkenswert. Es werden solide Konzepte entwickelt, um den Bedürfnissen einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden. Festzustellen bleibt, dass der Haushalt 2009 ausgeglichen und daher auch genehmigungsfähig ist. Dazu hat der Landrat mit seinen Dezernenten eine solide Vorarbeit geleistet. Es sind veränderte Bedingungen von Bund und Land aufgenommen und zeitgerecht in den Haushaltsplan eingearbeitet worden. Ihre Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushaltsplan. Es ist nicht alles so rosig, wie von seiner Vorrednerin dargestellt. Positiv zu werten sind die Eigenbetriebe, die eine sehr aufbauende Entwicklung genommen haben. Er bedankt sich bei den dafür Verantwortlichen. Er dankt auch den Mitarbeitern der Kämmerei, die den Haushaltsplan recht zeitgemäß vorgelegt haben. Verhehlen möchte er nicht, dass das Eine oder Andere nicht auf die Begeisterung seiner Fraktion gestoßen ist. So würde er sich eine stärkere Transparenz bei den strategischen Grundfragen des Kreises wünschen. Gerade was die

Organisationsuntersuchung anbelangt, wurde das Parlament kaum eingebunden. Er geht darauf noch näher ein. Er fordert den Landrat auf, damit künftig offener umzugehen. Man hätte den einen oder anderen Moment nutzen können, um über eine strategische Zielplanung nachzudenken, anstatt in operative Hektik zu verfallen. Er zeigt sich erfreut darüber, dass der Lahn-Dill-Kreis in der Lage ist, diesen großen Geldbetrag kurzfristig ausgeben zu können. Dies ist nach seiner Auffassung nur die halbe Strecke zur Lösung des Schulproblems. Das Hauptproblem ist noch nicht angesprochen worden. Als Bürgermeister sitzt man im Spannungsfeld zwischen dem, was der Lahn-Dill-Kreis tun muss und was er als Geld zur Verfügung hat. Es ist nicht so, dass die Kommunen handlungssicherer werden. Er macht dies am Beispiel der Stadt Solms deutlich, die unter diesen Rahmenbedingungen jährlich 2 Millionen EUR rote Zahlen schreibt. Hier ist das Land gefordert und in der Koalitionsvereinbarung ist nicht enthalten, dass die Kreise die aufgelaufenen Defizite erstattet bekommen. Im Wesentlichen war daraus zu entnehmen, dass die Klassen kleiner werden sollen aber ansonsten, was dieses Spannungsverhältnis Kommunen anbelangt, war aus der Koalitionsvereinbarung nicht viel zu entnehmen. Mit der Aufgabe der Deckelung der Schulumlage hat man die Axt an die kommunale Familie gelegt. Das eigentliche Problem ist, eine dauerhafte Lösung der Probleme des Kommunalen Finanzausgleiches zu finden. Dies wird die eigentliche Herausforderung im Land Hessen sein. Bezüglich der gymnasialen Oberstufe liegt ein Prüfauftrag vor. Die aufgeworfenen Fragen sollten mit Bedacht angegangen werden. Deshalb hat man als Koalition den Antrag gestellt, die Mittel, die für die Eichendorffschule im Haushalt vorgesehen waren, mit einem Sperrvermerk zu versehen und im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes darüber zu entscheiden. Aufgrund der Tatsache, dass es möglich war, die Schul- und Kreisumlage auf 58 Prozent zu senken, wird seine Fraktion dem Haushaltsplan zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass Haushalte der Gemeinden nicht nur die kommunale Situation widerspiegeln, sondern auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung sind. Das, was momentan auf die Kommunen herunter regnet, ist für seine Fraktion sehr erstaunlich. 52 Mio. Euro für die Verbesserung der Schulen hält er für richtig, weil insbesondere solche Mittel in der Vergangenheit nicht geflossen sind. In seinem weiteren Redebeitrag geht er auf die Bankenkrise und deren Auswirkungen auf die Kommunen ein. Anfang der 90iger Jahre hat ein gewisser Herr, dessen Namen er nicht nennen möchte, im Wahlkampf zum Bundestag öffentlich ein dringend notwendiges System von globalen allgemeingültigen Regeln für die Finanzwirtschaft gefordert. Dies hat uns eingeholt. Was seine Fraktion nicht akzeptieren kann ist, dass umweltpolitische Grundsätze im Zuge dieser Rettungsversuche über Bord geworfen werden. Man kann es sich sicherlich nicht leisten, in den Bemühungen um effiziente Energieverminderung des CO²-Gehaltes und der Nutzung von regenerativen Energien nachzulassen. Wenn man nachfolgenden Generationen schon riesige Schuldenberge hinterlässt, dann sollte man ihnen nicht auch noch eine schwer geschädigte Lebensbasis anbieten. Das heißt dass man sehr genau darauf achten muss, dass die im Haushalt stehenden 80 Mio. Euro bei der Sanierung und Aufbau von Schulgebäuden energieeffizient und der Umwelt nützend eingesetzt werden. Dies hat sich die Koalition vorgenommen und wird dies auch umsetzen. In der Koalitionsvereinbarung sind viele gute Dinge enthalten, an denen man in den letzten beiden Jahren gearbeitet und noch zu arbeiten hat. Leider haben die einstürzenden Altbauten viel Kraft und Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Dies ging zu Lasten wichtiger Handlungsfelder, die man sich sonst noch vorgenommen hätte. Am Beispiel der Goetheschule Wetzlar macht er dies deutlich. Wichtig ist festzustellen, was langfristig eine gute Bildung der Schülerinnen und Schüler in der heimischen Region sichert. Dabei ist auch wichtig festzustellen, was der wirtschaftlichste und energiesparendste Ansatz ist. Um diese Fragen geht es. Seine Fraktion legt Wert darauf, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung von allen Seiten eine rationale Betrachtung erfahren. Daher solle die Untersuchung abgewartet und Spekulationen außen vor gelassen werden. Bei der Erreichung der Ziele ist die flächendeckende Organisationsuntersuchung ein wenig zu kurz gekommen. Es gibt einige Bereiche, die man sich bisher genau angeschaut hat und andere müssen in den kommenden Monaten folgen. Dies ist erforderlich, um die Effizienz und die Effektivität der Kreisverwaltung zu versachlichen.

Organisationsuntersuchungen sind für die politische Diskussion wichtig. Was er am Beispiel des Immobilienmanagements deutlich macht. Die Schaffung 5 neuer Stellen in diesem Bereich bedeutet zwar zunächst eine Mehrausgabe, wird sich aber bei richtiger Umsetzung des Immobilienmanagementkonzeptes mittelfristig amortisiert. Die Kreis- und Schulumlage ist, um den Haushalt auszugleichen, auf eine historische Höhe gestiegen. Die 52 Mio. Euro, die von Bund und Land für zusätzliche Aufwendungen für Schulen kommen, werden zwar in den Finanzhaushalt eingestellt, können jedoch auch für die Sanierung und die Instandhaltung verwendet werden. Die dadurch mögliche Verringerung im Teilhaushalt 31 „Produktplanung und Betrieb öffentlicher Schulen“ um 6,6 Mio. Euro ist sinnvoll, weil die Schulumlage und damit die Belastung der Kommunen gesenkt werden kann, die somit wieder eigene Spielräume für eigenes Handeln gewinnen. Bezogen auf die strittigen Mittel von rund 8 Mio. Euro hält es seine Fraktion für sinnvoll, eine gewisse Unbestimmtheit im Ansatz beizubehalten um die allgemeinen und je nach Dringlichkeit und konkreter Notwendigkeit anstehenden Sanierungen und Instandhaltungen im Zuge der Substanzerhaltung der Gebäude vornehmen zu können. In 2009 werden das 2,29 % des Brandschutzwertes sein. Allerdings sollen in Zukunft größere Investitionen deutlicher benannt werden als bisher, die aus diesem Topf entnommen werden. Die Prioritätenliste für den Einsatz der zusätzlichen Landes- und Bundesmittel liegt früher als erwartet vor und erfüllt die Kriterien „Standesicherheit und Brandschutz“ und ist demographiefest. Im Fachbereich 4 leistet die ARGE gute Arbeit und ist ein wichtiger Akteur auf dem Arbeitsmarkt. Die Einrichtung des Wohnhilfebüros zahlt sich täglich aus. Dafür wird sehr viel Unterstützungsleistung gegeben und die Mittel sind gerechtfertigt und sinnvoll. Die Altenpflegeschule ist nach wie vor ein stabiler Faktor, wie auch das etablierte Projekt „Selbständigkeit im Alter“ von großer Bedeutung ist und weiter ausgebaut wird. Familien werden mittlerweile überwiegend außerhalb von Wohnheimen untergebracht. Bei dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wurde eine Fortbildungsreihe organisiert und erfolgreich durchgeführt. Eine Weiterbildung „Interkulturelle Kompetenz“ hat stattgefunden, die viel Lob geerntet hat. Bzgl. des Pflegeweiterentwicklungsgesetz gibt es gute Strukturen beim Lahn-Dill-Kreis. Auch der Schüler/-innen Hilfsfond ist positiv anzumerken. Auf Einzelheiten geht er näher ein. Seine Fraktion ist mit der Arbeit des Grünen Dezernenten und der Umsetzung seines Verwaltungsbereiches sehr zufrieden. Im Bereich Umwelt, in Verbindung mit dem Komplex Bauen und Gebäude, fehlen seiner Fraktion noch breit akzeptierte Ziele, die der Kreis innerhalb einer bestimmten Frist erreichen will. Politisches Ziel ist die deutliche Senkung der Treibhausemissionen. Der Landkreis kann dazu in Form konsequenter Energieeinsparung und Wärmedämmung dazu beitragen, wie auch nachwachsende Heiz- und Energiequellen einsetzen. Erfreut, zeigte er sich darüber, dass es eine Wende bei kreiseigenen Gebäuden gibt. Als Beispiel dazu führt er die Bio-Regio-Problematik auf und die Realisierung höchster energetischer Standards bei der Sanierung von Schulgebäuden. Bei Neubauten von Schulen werden ein Passivhausstandard und die Nutzung von Photovoltaikanlagen angestrebt. Die verstärkte Nutzung von Windkraft- und Solarthermi sowie andere nicht fossiler Energiequellen, sollen die konsequente Fortsetzung sein. Auch der beschlossene Neubau des Kreishauses stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar, weil nicht nur die teilweise unerträglichen Arbeitsbedingungen der Bediensteten verbessert werden sondern auch durch den konsequenten Einsatz energetischer Maßnahmen, Kosten gespart werden, was der Umwelt zu Gute kommt. Zum Thema Hochwasserschutz hält er eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen beteiligten Akteuren für notwendig und geht darauf noch näher ein. Die auf Initiativen der Grünen eingeführte Hochhäuserschutzkonferenz war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mit dem Naturschutzbeirat besitzt der Lahn-Dill-Kreis ein Gremium, was sich den akuten Naturschutzproblemen annimmt. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass dieses Gremium in laufenden Verfahren erst relativ spät gehört wurde. Er geht auf diese Problematik noch näher ein. Bezüglich der Grube Fortuna müssen in den kommenden Monaten Entscheidungen getroffen werden, ob man die Grube weiter unterhalten will oder kann. Im Rahmen von Infrastrukturprojekten ist es notwendig, auch Breitbandverbindungen zu berücksichtigen. Trotz der ernsthaften Bemühungen des Kreises hat sich bisher wenig getan. Das Problem der digitalen Kluft zwischen den einzelnen Kommunen besteht im Lahn-Dill-Kreis

weiter. Von daher sind Standortnachteile im ländlichen Raum unbedingt zu vermeiden. Beim Thema ÖPNV sieht er viel Nachholbedarf. Wenn man sich beispielsweise die Bahnhöfe anschaut, so ist noch viel bei der Barrierefreiheit und bei der Fahrgastinformation zu tun. Auch dazu macht er weitere Ausführungen. Die Grünen haben gelernt, dass die Kreispolitik und die Kreisverwaltung einem Tanker gleicht, dessen Umsteuerung im Sinne von noch höherer Wirtschaftlichkeit, noch besserer ökologischer Nachhaltigkeit, noch besseren Lernbedingungen in den Bildungseinrichtungen und noch breitere soziale Teilhabe, nicht von jetzt auf gleich zu erreichen ist. Da die Koalitionsparteien gemeinsam sich verpflichtet haben, gilt es besonders in diesem Jahr, wichtige Meilensteine zu setzen. Seine Fraktion wird sich dafür einsetzen und deshalb dem Haushalt zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) kommt zunächst auf das Haushaltskonsolidierungskonzept, welches im Dezember 2003 beschlossen wurde, zu sprechen. Damals ist beschlossen worden jeweils 2 Prozent der Personalkosten für die Jahre 2005 bis 2009 einzusparen, wie auch 2,5 Prozent der Sachkosten jeweils für die Jahre 2005 bis 2009. Weiter ist beschlossen worden, ein abteilungsbezogenes Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten und andere Dinge. Schaut man sich die Realität an, wurde herzlich wenig in die Tat umgesetzt. Und dies stellt genau das Finanzierungsproblem heute dar. Daher steht seitens der Bürgermeister zu Recht Kritik, was aus den Beschlüssen gemacht wurde. Auf die einzelnen Kritikpunkte der Bürgermeister geht er näher ein. Alle Bürgermeister, die Kritik geäußert haben, haben in der Sache völlig Recht. Die Hausaufgaben sind nicht gemacht worden. Der Haushalt wird nur ausgeglichen, weil dies zu Lasten der Schulen im Lahn-Dill-Kreis geht. Den Schulen des Lahn-Dill-Kreises werden rund 7 Mio. Euro entzogen, die diesen eigentlich zustehen würden. Es wurde gesagt, dass 5 neue Stellen geschaffen werden sollen um die vielen Millionen vernünftig ausgeben zu können. Der Stellenplan ist jedoch im September/Oktober letzten Jahres aufgestellt worden, zu einem Zeitpunkt, zu dem man von dem Sonderprogramm des Landes noch nichts wusste. Dieses wurde erst im Dezember vergangenen Jahres beschlossen. Dass dort einiges notwendig ist, ist unbestritten, was man allein daran sieht, dass ein Großteil der beschlossenen Maßnahmen nicht verausgabt wurde. Wenn von der allgemeinen Budgetinstandhaltung 30 Prozent nicht verausgabt wurden, oder beim Budget für allgemeine Einzelmaßnahmen 60 Prozent dessen, was beschlossen wurde, nicht ausgegeben worden sind und auch 50 Prozent im Bereich der Einzelmaßnahmen Energie nicht ausgegeben wurden und in anderen Bereich PCB und Standsicherheit/Brandschutz ebenfalls nicht, zeigt das, dass die Planungssicherheit und Planungskompetenz im Dezernat von Herrn Wegricht nicht optimal funktioniert, was nicht am Fleiß der einzelnen Mitarbeiter liegt. Bezüglich der vor wenigen Tagen vorgelegten Prioritätenliste macht er deutlich, dass der Antrag seiner Fraktion bereits vom 6. Januar datiert. In diesem Punkt hätte sich der Kreis ausnahmsweise etwas mehr Zeit nehmen sollen. Keiner von denen, die hier sitzen, ist in der Lage zu beurteilen, ob die 30 vorgeschlagenen Maßnahmen das non plus ultra sind. Daher hätte er sich gewünscht, dass man sich etwas mehr Zeit gelassen hätte und evtl. gemeinsam nach Rücksprache mit Schulen darüber nachzudenken, ob das alles richtig ist. Ursprünglich waren 15 Mio. Euro für Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen vorgesehen. Normalerweise müsste der Dezernent in der Lage sein, zu sagen, was er mit diesem Betrag alles vor hat. Auf eine diesbezüglichen Frage im Ausschuss konnte von Seiten des Dezernenten dazu keine Antwort gegeben werden. Dies ist auch ein Kritikpunkt der Bürgermeister, die sagen, dass etwas gezahlt werden muss, wobei man nicht weiß für was das Geld ausgegeben werden soll. Er geht darauf näher ein. Anhand von einigen Beispielen macht er deutlich, dass der Kreis in den letzten Jahren in den Bereich Bauunterhaltung zu wenig investiert hat. Die daraus folgenden Baumängel sind die Spätfolgen dieser Politik. Der Haushalt wird durch seine Fraktion auch deshalb abgelehnt, weil er zu Lasten der Schulen geht. Das Land hat gesagt, die rund 53 Mio. Euro on Top aufzusetzen auf das, was der Kreis als Schulträger im Schulbereich bisher vor hatte, zu investieren. Inwieweit es zulässig ist klammheimlich dort knapp 7 Mio. Euro zu entziehen, müssen die Juristen prüfen. Richtig wäre es gewesen, nach anderen Einsparpotentialen zu suchen um auf die 58 Prozent zu kommen. Ehrlicherweise hätte der Landrat die Kreisumlage reduzieren müssen, was zur Folge gehabt hätte, dass er spätestens

dann hätte Einsparvolumina vorschlagen müssen und genau das hat er nicht gemacht. Da die Kürzung zu Lasten der Schulen geht, kann seine Fraktion dies politisch nicht akzeptieren.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) vermisst die Stellungnahmen einiger Bürgermeister zum Haushaltsentwurf. Sie weist auf Feinheiten, die mit dem Haushalt verbunden sind, hin. Wenn man den Reden gründlich zugehört hat, gab es sehr wohl Kritik von den Koalitionspartnern. Dies sollte nachdenklich stimmen. Die FDP war mit ihrem Antrag, die Kreisumlage auf 58 % zu deckeln, Brückenbauer dafür, dass die Koalition überhaupt eine Mehrheit finden konnte. Wie hätte der Landrat ansonsten seine Mehrheiten bekommen können, wenn man am 6. Dezember in der Zeitung nachlesen konnte, dass die Grünen den ursprünglich vorgesehenen Umlagesatz nicht zustimmen können. Sie macht deutlich, dass der Antrag ihrer Fraktion vor den Stellungnahmen der Bürgermeister vorlag. Gut gewesen wäre es, wenn man sich mehr um die Ausgabenseite gekümmert und nicht nur die Einnahmenschraube erhöht hätte.

Landrat Schuster (SPD) kommt darauf zu sprechen, wie der Ergebnishaushalt aufgestellt wird und inwieweit das Parlament bei der Umsetzung der Entscheidungsfindung in Details einzubinden ist. Der Brandversicherungswert bei der Bauunterhaltung ist um rund 1 % auf 2,27 % erhöht worden. Dies waren die zuvor angesprochenen 15 Mio. Euro. Absicht war, dass der Dezernent dies im Bildungsausschuss im Detail beredet. Diese Summe im einzelnen aufzusplitten, geht im doppelhaushaltigen Haushalt nicht. Im Prinzip kann man aber einige größere Maßnahmen qualifizieren. Dann wird man aber nicht auf den Betrag von 15 Mio. Euro kommen. Zu den kritisierten Mittelinstandsetzungsaufwendungen, die zum 31.12. nicht verausgabt wurden, führt er aus, dass man einen doppelhaushaltigen Haushalt nicht mit kamerale Forderungen kommentieren kann. Die nicht ausgegebenen Mittel werden für Instandsetzungsrückstellungen eingestellt und im Folgejahr ausgegeben. In einem doppelhaushaltigen Haushalt sind Instandsetzungsrückstellungen das normalste, was es gibt. Das, was jetzt an Umlagensätze vorliegt, bedeutet für eine kreisangehörige Gemeinde eine Erhöhung von etwa 0,7 Punkte gegenüber 2008. Dies macht für den Lahn-Dill-Kreis insgesamt einen Wert von etwa 1,6 Mio. Euro an Mehreinnahmen aus. Dies hat ursächlich nichts mit der Haushaltssituation einiger Städte und Gemeinden zu tun. Die meisten der Kommunen haben in diesem Jahr erstmals ihren doppelhaushaltigen Haushalt eingebracht, der vorsieht, dass Rückstellungen und Werteverluste zu erwirtschaften sind. Damit haben viele Kommunen, wie auch der Lahn-Dill-Kreis, Probleme. Es ist so, dass man aus dem Landesprogramm rund 52 Mio. Euro ausgeben kann. Dabei ist er in der Lage, exakt nachzuweisen, dass man nichts von dem „on-Top-Betrag“ herausgenommen hat. Die Stellungnahmen der Städte und Gemeinden ist ausschlaggebend dafür, dass man Instandsetzungsmaßnahmen zurückgenommen hat, weil man nicht in der Lage ist, das ganze Geld in der Kürze der Zeit zu verausgaben. 1980 haben die Schulträger in Hessen etwa 200 Euro pro Schüler erhalten, um die Schulen in Stand zu setzen. 2009 waren es 169 Euro, nur damit man weiß, wo die Probleme liegen. Sein Ziel als Kämmerer war es, dieses Programm über 52 Mio. Euro in den Haushaltsplan zu integrieren. Das ist ihm vom Verfahren lieber, diesen Betrag im Haushaltsplan eingebunden zu haben, als dass er einen Schattenhaushalt neben dem normalen Haushalt führt. Daher der Antrag des Landrates, der vom Verwaltungsvorstand kommt. Es steht deshalb „der Landrat“ dahinter, weil er berechtigt ist, Anträge in den Kreistag einzubringen. Er bedankt sich bei den Mitarbeiter/innen der Abteilung Schule und Liegenschaften, denen es gelungen ist, in der Kürze der Zeit so eine in Zahlen belastbare Liste vorzulegen. Bei einer so großen Verwaltung wie der des Lahn-Dill-Kreises, ist es nicht möglich, mit einer einzigen Orga-Untersuchung den Betrieb zu durchleuchten. Im Übrigen sind in diesem Haushalt wieder 100.000 Euro dafür vorgesehen. Es gibt zu viele unterschiedliche Aufgabenbereiche, die nichts miteinander zu tun haben. So wurde in der Vergangenheit beispielsweise bei der Kinder- und Jugendhilfe eine Personalbedarfsberechnung durchgeführt und als Folge daraus, zusätzliches Personal eingestellt. Wenn man eine Orga-Untersuchung in Auftrag gibt, mit dem Ziel Personal einzusparen, geht man den falschen Weg. Auch die Tatsache, dass man in Fällen des Jugendamtes das Vier-Augen-Prinzip anwendet, macht sich im

Stellenplan bemerkbar. Auch im Bereich Bauen, Umwelt, Wasser hat man aufgrund einer Orga-Untersuchung grundlegende Umstrukturierungen vorgenommen. Dazu macht er weitere Ausführungen. Im Bereich Bildung und Liegenschaften ist die Grundsatzentscheidung getroffen worden, beide Bereiche wieder zu trennen. Dies ist auch aufgrund der Kritik aus den Reihen der CDU geschehen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es Sinn macht, Gebäudemanagement und Schulentwicklung zu trennen. In Deutschland hat man ein Schuldenproblem. Das Konjunkturprogramm, was jetzt kommt, ist ebenfalls auf Schulden aufgebaut. Zu der Pro-Kopf-Verschuldung von Bund, Land und Kommunen macht er weitere Ausführungen. Man hat sich mit dem vorliegenden Haushalt Mühe gemacht, der sicherlich nicht jedem Wunsch entsprechen wird. Wer allerdings die Umlagen deckelt, muss auch die Wünsche und Forderungen gegenüber dem Kreis deckeln. Dem Haushalt kann man ruhigen Gewissens zustimmen, denn 81 Mio. hat man noch nie für den Bereich der Schulen ausgegeben, auch dank des Landesprogramms Hessen, wofür er sich ausdrücklich bedankt.

Abgeordneter Aurand (SPD) warnt dringend davor, die kommunale Familie auseinander zu dividieren. Er macht dies am Beispiel der Schulumlage deutlich. Er erinnert daran, dass alle Städte und Gemeinden das Anhörungsrecht wahrgenommen haben, denn man hat im Namen des Vorstandes des Hess. Städte- und Gemeindebundes eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, wobei es hier jedem Bürgermeister unbenommen bleibt, für seine Stadt oder Gemeinde eine Stellungnahme abzugeben. Das in der HGO verankerte Anhörungsrecht ist ein zahnlöser Tiger, denn durch den Kreistag wird der Haushalt beschlossen, der erhebliche Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden hat. Für ihn ist verwunderlich, dass man heute nicht zu einem einstimmigen, gemeinsamen Beschluss für diesen Haushalt kommt. Er ist nicht nur ausgeglichen, sondern beinhaltet insbesondere die konjunkturelle Umsetzung eines Programms, das die alte und neue Landesregierung vor Wochen angekündigt hat. Entgegen aller Erwartungen konnte die Liste doch in aller Kürze vorgelegt werden, wovon nicht auszugehen war. Eigentlich müsste man dem Konjunkturprogramm des Landes mit ganzem Herzen zustimmen können. Zur Entwicklung der Schulumlage von 1980 bis 2008 macht er weitere Ausführungen. Danach hat sich die prozentuale Verteilung von Land und Kommune umgekehrt. Waren es 1980 noch 40 % der Lasten, die von den Kommunen im Lahn-Dill-Kreis zu entrichten waren, sind es heute 88 %, also 42,8 Mio. Euro, die die Städte und Gemeinden aufwenden müssen und ganze 6,6 Mio. vom Land. Dies wird zukünftig die entscheidende Frage bei der Lastenverteilung sein. In den letzten 10 Jahren sind rund 200 Mio. Euro von den Städten und Gemeinden an Schulumlage geleistet wurden. Diese Informationen müssen auch an die Städte und Gemeinden herangetragen werden als Grundlage für die Diskussion um die Lastenverteilung.

In einer Zwischenfrage möchte **Abgeordneter Hund (CDU)** wissen, ob Herr Aurand ihm zustimmt, wenn er sagt, dass es egal ist, wer, wie unsere Schulen finanziert.

„Dem kann er nicht zustimmen“, betont **Abgeordneter Aurand (SPD)**, denn die kommunale Familie kann es sich nicht länger leisten, dass alle Lasten von Bund und Land auf die Kommunen abgewälzt werden.

Abgeordneter Ratz (SPD) hatte nie die Hoffnung, dass die CDU dem Haushalt zustimmt. Er kann nicht verstehen, warum die FDP dem Haushalt nicht zustimmt und findet es schade, dass die konstruktive Mitarbeit, die bisher geleistet wurde, in einem negativen Votum zum Haushalt endet. In 2007 hatte man noch rund 30 Mio. Euro Minus. Da hat man noch zugestimmt. Heute wäre es wichtig, einen breiten Konsens für den Haushalt zu erhalten, weil das Geld verbraucht werden muss. Es nützt der heimischen Wirtschaft und dem Handwerk und dabei wäre es wichtig, zuzustimmen. Ist vielleicht der 18. Januar an der Enthaltung der FDP schuld?

Abgeordneter Jörg-Michael Müller (CDU) meint, dass es Städte und Gemeinden gibt, die Doppik bereits eingeführt und das gleiche Problem haben. Selbstverständlich stimmt man der

Investitionsmöglichkeit zu, was man bei der Abstimmung über das Investitionsprogramm sehen wird. Es ist vorgetragen worden, dass der Landkreis sein Geld von anderen bekommt, was schon seit vielen Jahren nicht mehr auskömmlich ist. Von seiner Fraktion ist auch gesagt worden, dass dazu erforderlich ist, zu sagen, was man machen will, wenn man nicht genügend Geld hat. Zu der Aussage, dass die CDU nicht erwartet hätte, in der Kürze der Zeit die vorgelegte Liste zu erhalten, bemerkt er, dass man diese Liste nicht erwartet hätte, denn aus den Feststellungen des Landkreises, sofern er welche getroffen hat, war diese Liste ableitbar. Es geht hier um die Frage, ob man Aspekte hat, die man miteinander diskutieren kann. Seine Grundkritik ist, dass in den vergangenen Jahren die veranschlagten Beträge nie voll ausgegeben wurden. Es steht vieles im Haushalt geschrieben, ohne dass sich darin die Wirklichkeit der Haushaltspolitik widerspiegelt.

Landrat Schuster (SPD) gibt Hintergrundinformationen, wie die Liste für das Sonderinvestitionsprogramm Schulsanierung zustande gekommen ist. Schwerpunkt ist, das Geld ziemlich rasch auf den Markt zu bringen. Wenn man große Projekte nimmt, für die schon für Architektenleistungen viel Geld ausgegeben werden muss und europaweit auszuschreiben ist, bekommt man das Geld nicht verausgabt. Die in der Liste vorgesehenen Maßnahmen werden überwiegend freihändig vergeben, wobei er davon ausgeht, dass die Vergaben überwiegend im Landkreis verbleiben. Die Liste beinhaltet mehrere nicht so große Maßnahmen und somit solche Maßnahmen, die relativ schnell ohne beispielsweise Vorschaltung eines Architektenwettbewerbes realisiert werden können. Die Möglichkeit, freihändige Vergaben weitestgehend zu nutzen, ist damit erfüllt.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) meint, dass es sich Herr Irmer zu einfach macht, wenn er die Mängelliste der einzelnen Schulen vorträgt und diese Problematik nur auf den Lahn-Dill-Kreis bezieht. Bundesweit gibt es im Bereich der Schulbausanierungen einen erheblichen Nachholbedarf, was die Bundesregierung erkannt hat, u. a. deshalb werden diese Programme jetzt aufgelegt. Gleiche Mängel gibt es auch in anderen Landkreisen der Bundesrepublik. Daher sollte im Kreisparlament kein Sand in die Augen gestreut werden. Die Finanzausstattung der Kreise im Land Hessen ist seitens der Landesregierung in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. Von der CDU wird bewusst nicht zur Kenntnis genommen, dass 7 Mio. Euro den Kommunen durch die Umlagensenkung zugute kommen. Hätte man die Prioritätenliste nicht rechtzeitig vorgelegt, wäre die CDU die Erste gewesen, die sich beschwert hätte, nach dem Motto „die Verwaltung und die Fachabteilung mit ihrem Dezernenten arbeiten nicht ausreichend“. Jetzt hat man die Prioritätenliste vorliegen, die in den Fachausschüssen behandelt wurde. Dort hätte man dann entsprechende Fragen stellen können. Es ist auch nicht richtig, dass Fragen nicht beantwortet wurden, das hat die Diskussion in den Fachausschüssen gezeigt. Die geäußerte allgemeine Kritik ist heiße Luft und viel Zauber, und nicht mehr.

Abgeordneter Schmidt (FDP) will verhindern, dass Herr Ratz mit einer gestellten Frage ohne Antwort aus diesem Saal geht. Ab dem Jahr 2007 ist das Defizit des Haushaltes rückläufig. Das Wesentliche ist die Frage der Haushaltskonsolidierung. Wie man damit umgegangen ist, ist das Entscheidende. Er fragt sich in seiner Fraktion, was es bringt, den Kreistag mit Anträgen zu konfrontieren, die dann auch mit Mehrheit beschlossen werden, ohne dass sich anschließend etwas bewegt. Dies war der entscheidende Auslöser für seine Fraktion, dem diesjährigen Haushalt nicht zuzustimmen. Dadurch, dass der Kreisausschuss einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hat, gab es nicht mehr die Auflage, ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Wie wäre das Verfahren abgelaufen, wenn man ein Konjunkturprogramm nicht gehabt hätte? Dann wäre die Diskussion die gewesen, die man auch in den Stellungnahmen der Bürgermeister nachlesen kann. Man hätte gesagt, 58 % und mehr geht nicht, aber dann hätte man die Situation gehabt, dass einige dem Haushalt nicht zugestimmt hätten und man hätte sich auf 58 % bewegt, um die entsprechenden Mehrheiten zu erhalten. Dann hätte der Landrat sagen können, mein Wille war es, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, aber der Kreistag hat nicht mitgemacht. Er macht deutlich, dass man sich an Wahlergebnissen anderenorts seine Fraktion betreffend nie orientiert hat. Gerichtet an die SPD-Fraktion findet er es schäbig,

nachdem seine Fraktion mehrere Jahre gut genug war, ihnen mit zur Mehrheit zu verhelfen, seine Fraktion jetzt mit einem solchen Vorwurf zu konfrontieren. Dies hat mit sachlicher Auseinandersetzung überhaupt nichts tun.

Da weitere Wortmeldung nicht mehr vorliegen lässt **Vorsitzende Müller** zunächst über den **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Lahn-Dill für das Geschäftsjahr 2009** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: ohne Stimmenthaltungen,
einstimmig zugestimmt.

Beschlussfassung über den **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung für das Geschäftsjahr 2009**:

Abstimmungsergebnis: ohne Stimmenthaltungen,
einstimmig zugestimmt.

Beschlussfassung über den **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ für das Geschäftsjahr 2009**:

Abstimmungsergebnis: ohne Stimmenthaltungen,
einstimmig zugestimmt.

Vorsitzende Müller trägt vor, dass man nun zur **Beschlussfassung über das Investitionsprogramm für die Jahre 2008 bis 2012** kommt. Über die Änderungsanträge zum Investitionsprogramm wird einzeln abgestimmt.

Sie lässt zunächst über den **Änderungsantrag des Landrates** (auf Seite 3 beginnend mit „Neubau Kreishaus Karl-Kellner-Ring“) abstimmen und fragt, ob es Einwände dagegen gibt, über diesen Antrag, der sich in mehrere einzelne Positionen (Ifd. Nr. 1 bis 5) aufteilt, **en bloc** abzustimmen. Dagegen ergeben sich keine Einwände.

Abstimmungsergebnis: zwei Stimmenthaltungen
(Abgeordneter Sattler, parteilos und eine Stimme der NPD),
einstimmig zugestimmt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Regierungsfractionen betreffend **Anbringung eines Sperrvermerks bei der vorgesehenen Summe von 1,5 Mio. Euro für Komplettsanierung der Eichendorff-Schule**

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
29 Nein-Stimmen (CDU)
5 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler,
parteilos)

Damit ist diesem Sperrvermerk mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über den Antrag von SPD/FWG/Bündnis 90/Die Grünen, die vorgesehenen **Mittel für die Pestalozzischule, Herborn-Schönbach (1,85 Mio. Euro) mit einem Sperrvermerk zu versehen**

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
29 Nein-Stimmen (CDU)
5 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos)

Damit ist diesem Sperrvermerk mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend lässt **Vorsitzende Müller** über das **Investitionsprogramm des Lahn-Dill-Kreises für den Planungszeitraum 2008 bis 2012** unter Einschluss der vom Kreistag beschlossenen Änderungen in seiner Gesamtheit abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
bei 5 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos) einstimmig zugestimmt

Alsdann kommt **Vorsitzende Müller** zur Abstimmung über die **Anträge zum Haushaltsentwurf 2009** (Ergebnishaushalt).

1. Antrag der FDP vom 12.01.2009 betreffend der Deckelung der Obergrenze der Kreis- und Schulumlage auf 58 %

Von Seiten der FDP wird der Antrag zurückgezogen.

2. Antrag des Landrates (beinhaltet 14 Punkte) vom 23.02.2009

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
34 Nein-Stimmen (29 CDU, 3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos)

Damit ist dem Änderungsantrag des Landrates mehrheitlich zugestimmt.

3. Antrag von SPD, FWG, Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2009 betreffend den Zuschuss für ein Buch über die Naturschutzgebiete und Biotope im Lahn-Dill-Kreis mit einem Sperrvermerk zu versehen

Abstimmungsergebnis: Bei 3 Stimmenthaltungen (1 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos) einstimmig zugestimmt

4. Antrag von SPD/FWG/Bündnis 90/Die Grünen vom 25.01.2009 betreffend Stellenplan

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass dieser Antrag nach der Ältestenratsitzung heute Morgen neu formuliert wurde und nunmehr folgenden Wortlaut hat:

„Die vorgesehene Planstelle Sachbearbeitung Brandschutz/Arbeitsschutz wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss kann den Sperrvermerk aufheben.

Die Anzahl der neu ausgewiesenen Planstellen im Bereich Jugendhilfe wird im Haushaltsplan 2009 von 5,85 auf 4 reduziert.“

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) bittet um getrennt Abstimmung über den Teil „Brandschutz“ und den Teil „Jugendhilfe“.

Vorsitzende Müller lässt daraufhin zunächst über den ersten Teil des Antrages, den **Brandschutz betreffend** abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Bei 5 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos) einstimmig zugestimmt.

Alsdann ruft **Vorsitzende Müller** den zweiten Teil des Antrages bezüglich der Reduzierung der Planstellen im **Bereich Jugendhilfe** von 5,85 auf 4 auf.

Abgeordneter Budde (CDU) spricht die 4,65 zusätzlichen Personalstellen im Bereich Erziehungsbeistandschaften an. Es wird aufgeführt, dass man zur Verbesserung des Kindeswohls neue Stellen benötigt. Unter Erläuterungen steht, dass neben diesen Stellenerhöhungen zusätzlich 5 weitere Stellen benötigt werden. Zur Organisationsuntersuchung im Fachbereich 3 bemerkt er, dass aufgrund dieser Untersuchung 11 Stellen zusätzlich angedacht sind. Wenn er sich den Bereich Kinder- und Jugendhilfe im vorgelegten Stellenplan anschaut, werden dort allerdings mehr als 6 Stellen reduziert. Zwar sind teilweise diese Stellen an anderer Stelle aufgeführt, jedoch unter dem Strich nicht mehr Stellen zu verzeichnen. Wenn man sagt, dass man mehr Stellen benötigt, will er, dass diese auch realisiert werden. Dies kann er nicht erkennen. Seine Fraktion wird dieser Reduzierung nicht zustimmen.

Landrat Schuster (SPD) bemerkt, dass die Stellenreduzierung von 22,72 auf 15,87 Stellen darauf zurückzuführen ist, dass man die Saisonarbeitskräfte von Lenste aus dem Stellenplan herausgenommen hat.

Alsdann lässt **Vorsitzende Müller** über den Änderungsantrag von SPD/FWG/Bündnis 90 – Die Grünen hinsichtlich der **Reduzierung der Planstellen im Bereich Jugendhilfe von 5,85 auf 4** abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (27 SPD, 9 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen)
29 Nein-Stimmen (CDU)
5 Stimmenthaltungen (3 FDP, 1 NPD, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos)

Damit ist der Stellenreduzierung mehrheitlich zugestimmt.

Zur Haushaltssatzung bemerkt **Vorsitzende Müller**, dass durch die gerade beschlossene Änderung des Stellenplans sich auch die Zahlen in der Haushaltssatzung verändern, und zwar wie folgt:

Der Gesamtbetrag der Erträge bleibt unverändert. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen beträgt nunmehr 42.316.266 Euro, so dass jetzt ein Überschuss von 56.651 Euro verbleibt. Im Finanzhaushalt verändert sich der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 5.058.402 Euro auf 5.904.638 Euro.

Abgeordneter Bergfeld (SPD) erinnert, dass man in der Kreistagssitzung am 06.11.2006 die Beteiligung an diesem Projekt beschlossen hat. Leider hat es relativ lange gedauert, bis dieses Projekt auf die Schiene kam. Es wurde in der Laufzeit mit immer neuen Forderungen bespickt. Erst im Januar 2008 wurde das Projekt gestartet mit der Gebietskulisse Lahn-Dill-Kreis, Landkreis Gießen und Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie der Stadt Marburg. Die Laufzeit von zwei Jahren für dieses Projekt ist völlig unbefriedigend. Die Netzwerkunterstützung, die man abfragen kann, ist das entscheidende dabei. U. a. steht im Koalitionsvertrag des Landes Hessen, dass man Modellregionen für neue Klimazonen einrichten will. Man hat schon gute Ansätze und sollte diese entsprechend weiterführen. Die Netzwerke werden benötigt, um eine gute und qualifizierte Beratung sicherstellen zu können. Wir sind eine walddreiche Region und der größte Teil der Wälder ist im kommunalen Besitz. Die Beteiligung an diesem Projekt eröffnet nicht nur den Kommunen eine kompetente Unterstützung bei der Erneuerung der Heizungsanlagen. Er würde sich wünschen, dass sich die Kommunen noch stärker an diesem Objekt beteiligen. Dies bedeutet tatkräftige Wirtschaftsförderung. Auf diesem Sektor hat der Kreis nicht allzu viele Möglichkeiten. In einem walddreichen Land, wie Hessen, ist es die zentrale Frage, ob man nur Rohstofflieferant von Holz sein will oder ob man auch versucht, mehr Wertschöpfung in der Region zu realisieren. Er hält es für sehr wichtig, dass diese Projekt weiter fortgeführt wird und zeigt sich erfreut darüber, dass die Landesregierung im Regierungsprogramm angekündigt hat, dass sie die Vereinfachung der Vergaberichtlinien, wie es im Konjunkturprogramm des Bundes enthalten ist, übernehmen will. Die kann hilfreich sein für die heimische Wirtschaft. Er bittet um Unterstützung des Antrages.

Abgeordneter Beer (CDU) macht deutlich, dass auch die CDU sich für eine umweltfreundliche, nachhaltige Energiegewinnung ausspricht. Vielfach scheitert der Einsatz nachwachsender Rohstoffe an einer mangelnden Akzeptanz. Dieses Projekt wird Einnahmemöglichkeiten und Arbeitsplätze für die heimische Region schaffen. Ein Erfolg soll sichtbar sein. Deshalb ist der Antrag auf zwei Jahre befristet. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Lahn-Dill-Kreis relativ spät hinzugekommen ist. Der Lahn-Dill-Kreis war die letzte der 5 Regionen, die in dieses Programm eingestiegen ist. Grundsätzlich steht seine Fraktion positiv der Arbeit gegenüber, die hier geleistet wurde. Da aber jedes Programm am Erfolg zu messen ist, ist es Aufgabe des Kreises, darzulegen, was bisher erreicht wurde. Für ihn stellt sich die Frage, was an ökologischen Gewinn im Haushalt erreicht wurde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sich die Kreisregierung für die Verlängerung eines solch guten Projektes einsetzen muss. Was ist wirklich an nachhaltiger ökologischer Politik erreicht worden? Der Kreis hat die Möglichkeit, gerade im Schulbereich, Pelletheizungen einzusetzen. Dies wäre eine der Möglichkeiten nachhaltiger ökologischer Politik, bei der man sich engagieren könnte. Er bedauert ausdrücklich, dass es den Grünen nicht gelungen ist, sich bei der Kreistagsmehrheit durchzusetzen. Da man sich im Haushalt nicht durchsetzen konnte, wurde ein solcher Schaufensterantrag gestellt. Seine Fraktion wird dem Antrag ausdrücklich zustimmen, da er die gute Arbeit der Landesregierung lobt.

In einer Zwischenfrage möchte **Abgeordneter Bergfeld (SPD)** wissen, ob ihm bewusst ist, was im Jahr 2008 an Projekten im Rahmen des Programmes umgesetzt worden ist und was in 2009 an Projekten ansteht?

„Es ist eine individuelle Beratung für neue Einsatzmaßnahmen im Segment Heizungsumstellung auf biogene Holzbrennstoffe vorgesehen, individuelle, im Vorfeld zu erstellende Heizkosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Ermittlung und Benennung der für sie anwendbaren Fördergelder usw.“, antwortet **Abgeordneter Beer (CDU)**.

Abgeordneter Bergfeld (SPD) meint, wenn man schon zu Anträgen Stellung nimmt, sollte man genauer hinsehen und nicht solch allgemeine Sätze von sich geben. Im Jahr 2008 sind konkret 2 Projekte auf die Schiene gesetzt worden und für 2009 weitere 6 Projekte im Gesamtvolumen von 1,45 Mio. Euro vorgesehen.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **stellv. Vorsitzende Hensgen** über die Drucksache Nr. 1/2009 die folgenden Wortlaut hat abstimmen:

„Der Kreisausschuss wird gebeten, sich nachhaltig bei dem Land Hessen und bei den Kooperationspartnern des Lahn-Dill-Kreises dafür einzusetzen, das Projekt „Bioregio Holz“ über das Jahr 2009 hinaus weiterzuführen und mindestens im bisherigen Umfang zu unterstützen.“

Abstimmungsergebnis: ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen ruft in Erinnerung, dass der ursprünglich vorgesehene Tagesordnungspunkt 11 nunmehr als Tagesordnungspunkt 7 beraten wird und ruft diesen auf.

Zu TOP 7

Prioritätenliste für den Schulbereich
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2009
Drucksache 5/2009

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) erklärt, dass der Antrag seiner Fraktion in 4 Abschnitte gegliedert ist. Der erste Abschnitt, bei dem es um die Vorlage einer Prioritätenliste geht, hat sich erledigt, weil diese Liste heute vorgelegt wurde. Der zweite Teil bleibt bestehen, wobei lediglich die 15 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro heute korrigiert wurden. Seine Fraktion bittet um Vorlage einer Liste, was konkret mit diesen 8 Mio. Euro vorgesehen ist. Weiter Bestand hat Absatz 3, der Appell, so weit wie möglich bei der Vergabe von Aufträgen das heimische Handwerk zu berücksichtigen. Er macht deutlich, dass das Land Hessen bundesweit als einzige Landesregierung die Grenze der freihändigen Vergaben von 50.000 auf 100.000 Euro erhöht hat. Dies sollte man nutzen.

Zum letzten Punkt seines Antrages (Absatz 4) erklärt **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)**, dass dieser ebenfalls als erledigt betrachtet werden kann. Er bittet dennoch, zusätzlich darüber nachzudenken, ob man nicht die Schulen, die im Nachgang zur Prioritätenliste Wünsche in schriftlicher Form vorgetragen haben, in geeigneter Form bei der weiteren Planung entsprechend mit berücksichtigt. Er bittet um Zustimmung zu den Absätzen 2 und 3 des Antrages.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) hält es für vernünftig, die Absätze 1 und 4 als erledigt zu erklären. Das heimische Handwerk bei der Vergabe von Aufträgen berücksichtigt werden, ist längst Usus. Insofern könnte auch dieser Punkt ad acta gelegt werden. Was die Maßnahmenliste über die 8 Mio. Euro anbelangt, macht sie deutlich, dass es sich hierbei um Mittel handelt, die in die Substanzerhaltung der Gebäude fließen. Hier handelt es sich oft um kurzfristige, geringfügige Baumaßnahmen, die schnell umgesetzt werden müssen, wenn beispielsweise eine Heizung defekt ist. Hier ist es schwierig, eine Maßnahme im Vorfeld für das ganze Jahr zu erstellen. In den zuständigen Fachausschüssen sollte auf eine regelmäßige Berichterstattung gedrängt werden. Insofern kann, wenn man genau hinschaut, der ganze Antrag als erledigt betrachtet werden. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen, weil man nicht etwas beschließen muss, was sowieso schon gemacht wird.

Abgeordneter Jörg-Michael Müller (CDU) meint, dass es typisch ist, dass alles was von der CDU kommt, als schlecht bewertet und daher abgelehnt wird. Wie sich die 8 Mio. Euro aufteilen, wurde dezidiert vom Landrat nicht vorgetragen. Es ist richtig, dass darin geringfügige kurzfristige Baumaßnahmen enthalten sind, dies macht aber bestenfalls die Summe von 1 Mio.

Euro und nicht 8 Mio. aus. Wenn man sich die Gasrechnung anschaut, kann man nachvollziehen, dass viele größere Beträge von 150.000 Euro und mehr ausgegeben wurden. Derartige Maßnahmen sind nicht zufällig, sondern planbar und können entsprechend vorgelegt werden. Man ist sich doch einig, dass man viele Dinge investieren will und dass man nichts zu verbergen hat. Was soll also diese Nebeltaktik? Er bittet, diesem Teil des Antrags zuzustimmen, weil er zur Transparenz beiträgt.

Fraktionsvorsitzender Schreiber (Bündnis 90/Die Grünen) bittet in Absatz 2 des Antrages das Wort „größere“ Maßnahmen einzufügen, damit nicht alle Dinge im Detail aufgelistet werden müssen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl (Bündnis 90/Die Grünen) meint, dass auch das „größere“ nicht unbedingt zur Klarheit beiträgt, weil man sich über den Begriff „was ist denn größer?“ streiten wird. Dann müsste konkret eine Summe benannt werden. Seit Jahren wird so verfahren und es gibt eine Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle, jährlich mindestens 1 % des Bauwertes zur Bauunterhaltung zu investieren. Dies ist eine Pauschalierung. Man schafft sich unnötig Probleme, wenn man jetzt eine Liste verlangt. Es ist Aufgabe des Kreisausschusses, über diese einzelnen Maßnahmen zu entscheiden und dort geschieht dies auch.

Abgeordneter Steinruck (CDU) meint, dass es nicht darum geht, in dieser Liste zu entscheiden, was, wann und wo gemacht wird. In der Schulausschusssitzung im November hat seine Fraktion den Antrag gestellt, darüber informiert zu werden, was beispielsweise aktuell in den Schulen im Gange ist und welche Maßnahmen in einer Gesamtplanung stecken. Dann hat man die Möglichkeit, einer Schule es entsprechend sagen zu können. Es dürfte nicht so schwierig sein, die Bedarfsplanungen im Ausschuss vorzustellen. Derartige Erklärungen würden Transparenz schaffen.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) nimmt den Vorschlag von Herrn Schreiber auf, der vernünftig war. Es geht um Maßnahmen, die notwendig sind und aus Gründen der Planungssicherheit und Transparenz vorgelegt werden müssten. Er macht dies an einigen Beispielen deutlich. Wenn man 8 Mio. Euro zur Verfügung hat, muss man sich Gedanken machen, was man an größeren Maßnahmen, und wenn es auch nur 75 % dieser Summe ist, vor hat. Er bittet, den zweiten Absatz seines Antrages zu ergänzen mit „größeren Maßnahmen (ab 150.000 Euro)“. Dann hat man die Möglichkeit, den jeweiligen Schulen mitteilen zu können, was sich tut.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) erklärt sich damit einverstanden, wenn man unter „größere Maßnahmen“ solche ab einem Auftragswert von 150.000 Euro versteht.

Stellvertretende Vorsitzende Hensgen fasst zusammen, dass der erste und vierte Absatz des Antrages als erledigt zu betrachten sind. Der zweite Absatz hat nunmehr folgenden Wortlaut:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, unverzüglich eine weitere Liste vorzulegen, aus der ersichtlich ist, welche größere Maßnahmen (ab 150.000 Euro) mit den 8 Mio. Euro konkret vorgesehen sind, die bereits im Haushalt stehen.“

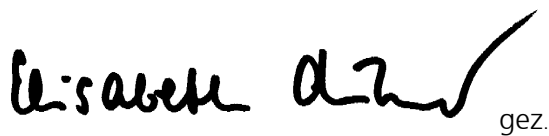
Sie lässt über diesen Absatz 2 und Absatz 3 des Beschlussvorschlages (Drucksache Nr. 5/2009) abstimmen.

Abs. 3 hat folgenden Wortlaut:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, soweit wie möglich bei der Vergabe von Aufträgen das heimische Handwerk zu berücksichtigen, da begrüßenswerterweise die Grenze zur freihändigen Vergabe von Aufträgen durch die Landesregierung auf 100.000 € erhöht worden ist.“

Abstimmungsergebnis: ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt

Mit Blick auf die vereinbarte Sitzungsdauer beendet **stellv. Vorsitzende Hensgen** die Sitzung des Kreistages mit dem Hinweis, dass die heute noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte auf die nächste Kreistagsitzung vertagt werden.

gez.

Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Christel Hensgen
Stellv. Kreistagsvorsitzende



Norbert Grygar
Schriftführer

Sperrfrist: 2. Februar 2009, 11:00 Uhr

Datum:
2. Februar 2009
Unser Zeichen:
11 wa-stu

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 2. Februar 2009

- es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:	- 29 -
1 Abfallwirtschaft	- 29 -
2 „Geopark Westerwald-Lahn-Taunus“	- 29 -
3 Neubau eines Verwaltungsgebäudes – Durchführung eines Wettbewerbes	- 30 -
4 Leistungserbringung im ÖPNV führt in dem Bereich der Linienbündel LDK – Braunfels und LDK – Hüttenberg zu massiven Problemen - Verkehrsverbund erteilt 4. Abmahnung ...	- 30 -
Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:	- 31 -
5 Bürgschaften des Landes Hessen: Instrument der Wirtschaftsförderung auch für die Unternehmen im Lahn-Dill-Kreis.....	- 31 -

Landrat Schuster informiert:

1 Abfallwirtschaft

Mit den Beschlüssen zur letzten Änderung der Abfallsatzung des Lahn-Dill-Kreises, die der Kreistag am 21. März 2005 herbeigeführt hat, wurde dem Kreisausschuss u. a. der Auftrag erteilt, die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Abfallgebühr über die individuelle Wahl der Restabfallbehältergrößen bzw. über die Wahl der Anzahl der Entleerungen zu beeinflussen.

Nachdem nun insbesondere die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind und der Lahn-Dill-Kreis zum 1. Januar 2011 Eigentümer der Abfallbehältnisse werden wird, werden mit den Städten und Gemeinden Verhandlungen über die Gestaltung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen im Bereich der Abfallentsorgung aufgenommen. Diese werden mit dem Ziel geführt, für die Bürgerinnen und Bürger sowie für das Gewerbe die Abfallsatzung und die Gebührenordnung in der Weise weiterzuentwickeln, dass eine verursachergerechte Abfallgebühr erhoben werden kann. Damit soll zugleich ein stärkerer Anreiz geschaffen werden, die Abfälle vor ihrer Beseitigung entsprechend zu sortieren, zu trennen und einer Verwertung zuzuführen.

Über den Fortgang der Verhandlungen werden die Gremien unterrichtet.

2 „Geopark Westerwald-Lahn-Taunus“

Auf der Grundlage einer Initiative der Landkreise Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Rhein-Lahn und Westerwald wird bereits seit einiger Zeit an der Entwicklung eines „Geoparks Westerwald-Lahn-Taunus“ gearbeitet.

Die Regionalen Entwicklungskonzepte der LEADER-Regionen „Lahn-Dill-Bergland“ und „Lahn-Dill-Wetzlar“ haben der Umsetzung dieses Projektes bekanntlich eine hohe Priorität eingeräumt.

Im Jahr 2008 wurde ein umsetzungsorientiertes Konzept in Auftrag gegeben, das von den Landkreisen mit Unterstützung der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz, aber auch der LEADER-Region „Lahn-Dill-Bergland“ finanziert wurde. Das Ergebnis wird am 7. Februar 2009 im Herborner Brauhaus den Akteuren vorgestellt.

Während des bisherigen Prozesses hat sich bereits eine stabile Arbeitsebene für die möglichen Informationszentren, die als thematische Eingangstore und Träger der Schwerpunktthemen zu verstehen sind, herausgebildet.

Im Lahn-Dill-Kreis sind dies die Breitscheider Höhlen mit dem Museum „Zeitsprünge“ und die Grube Fortuna.

Am 9. Januar 2009 haben die Landräte der fünf beteiligten Landkreise in einem internen Gespräch die weitere Zusammenarbeit beraten. Vorbehaltlich der Gremienzustimmung soll der „Geopark Westerwald-Lahn-Taunus“ aller Voraussicht nach ab 1. Juli 2009 offiziell aus der Taufe gehoben werden. Dabei gehen die beteiligten Landkreise davon aus, dass die Zusammenarbeit zunächst in Form einer Arbeitsgemeinschaft organisiert werden kann.

Das Projekt „Geopark Westerwald-Lahn-Taunus“ wird Teil der Bemühungen um die Förderung des Tourismus und damit auch Teil der Wirtschaftsförderung eines jeden Landkreises sein. Den Landkreisen wird dabei insbesondere die Aufgabe der Infrastrukturentwicklung, der Unterstützung der Angebotsentwicklung und die Fördermittelakquise zukommen, während die touristischen Destinationen das Marketing übernehmen müssen.

Nach den derzeitigen Absprachen wird der Lahn-Dill-Kreis die Federführung in diesem Projekt übernehmen und die Geschäftsführung für den Geopark bei der Abteilung für den ländlichen Raum ansiedeln.

Nach den bisherigen Absprachen ist davon auszugehen, dass jeder Landkreis mit 20.000 Euro dazu beiträgt, den mit der Geschäftsführung verbundenen Personal- und Sachaufwand zu finanzieren. Die Anschubphase für das Projekt soll vorerst auf drei Jahre, beginnend ab dem 1. Juli 2009 begrenzt sein.

Möglicherweise wird der Kreis der beteiligten Landkreise noch erweitert werden können, zumal der rheinland-pfälzische Landkreis Altenkirchen in der Zwischenzeit ebenfalls sein Interesse an der Mitarbeit bekundet hat.

3 Neubau eines Verwaltungsgebäudes – Durchführung eines Wettbewerbes

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 21. Januar 2009 die Beauftragung eines so genannten „Wettbewerbsbetreuers“ auf der Grundlage eines Vorschlages der Architektenkammer Frankfurt vorgenommen.

Der „Wettbewerbsbetreuer“ hat die Aufgabe, gemeinsam mit der Verwaltung den Wettbewerb als Vorbereitung für das Vergabeverfahren nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes zu strukturieren. Er zielt darauf, für den Neubau alternative Ideen und optimierte Konzepte herauszuarbeiten.

Nach Vorstellung und Beschlussfassung der Wettbewerbskonzeption in dem Ausschuss für Bauen und Gebäudemanagement sowie in dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss wird dieses Verfahren durchgeführt werden. Mit Ergebnissen des Wettbewerbes ist im Spätsommer/Frühherbst 2009 zu rechnen.

4 Leistungserbringung im ÖPNV führt in dem Bereich der Linienbündel LDK – Braunfels und LDK – Hüttenberg zu massiven Problemen - Verkehrsverbund erteilt 4. Abmahnung

Die Leistungserbringung durch die Verkehrsgesellschaft Mittelhessen im Bereich der Linienbündel LDK – Braunfels und LDK – Hüttenberg führt immer wieder und in den letzten Tagen massiv zu Problemen. Dies wurde insbesondere im Schülerverkehr deutlich und mündet in einer Vielzahl von Klagen Betroffener, insbesondere von Erziehungsberechtigten.

Nachdem sich die Geschäftsführung des Verkehrsverbundes Lahn-Dill in den zurückliegenden Wochen bereits sehr intensiv mit der Geschäftsführung der Verkehrsgesellschaft Mittelhessen auseinandergesetzt hatte, um eine fach- und sachgerechte Betriebsplanung sicherzustellen, waren die aktuellen Ereignisse Anlass, eine weitere, insgesamt die 4. Abmahnung zu erteilen.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:

5 Bürgschaften des Landes Hessen: Instrument der Wirtschaftsförderung auch für die Unternehmen im Lahn-Dill-Kreis

Die Hessische Landesregierung hilft Unternehmen und bietet Betriebsmittel-Bürgschaften mit verbesserten Konditionen an.

Ab sofort bietet das Land Hessen befristet bis auf weiteres als „Sonderprogramm Betriebsmittelbürgschaften“ für infolge der Finanzmarktkrise betroffene kleinere und mittlere Unternehmen sowie im Einzelfall auch größere Unternehmen zu verbesserten Konditionen an. Das Programm beinhaltet im Rahmen der bestehenden Bürgschaftsrichtlinien erhöhte Bürgschaftsquoten von bis zu 80% der Kreditsumme. Das Eigenobligo des Kreditinstituts muss daher – beihilfeberechtigt begründet – grundsätzlich mindestens 20% betragen. Ergänzend wird das Antrags- und Bearbeitungsverfahren bei Landesbürgschaften verschlankt und beschleunigt. Bürgschaftsanträge im Rahmen des Sonderprogramms werden bevorzugt bearbeitet. Antragsberechtigt sind Unternehmen, insbesondere Automobilzulieferer, die neben der allgemeinen Bürgschaftsantragsberechtigung die banküblichen Voraussetzungen erfüllen. Ziel ist es, einen Arbeitsplatzabbau möglichst zu verhindern.

Anlaufstellen sind die Investitionsbank Hessen und die Bürgschaftsbank Hessen, die auch erste Auskünfte erteilen. Nach deren Einschätzung ist die Nachfrage derzeit sehr hoch.

Anfragen über die Übernahme von Bürgschaftsbeträgen bis zu 1 Million Euro sind vorrangig an die Bürgschaftsbank Hessen zu richten. Anträge müssen über die Hausbanken eingereicht werden.

Die Wirtschaftsförderung des Lahn-Dill-Kreises begrüßt und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Initiativen des Landes mit dem „Sonderprogramm Betriebsmittelbürgschaften“.

Kontakt:

Manfred Orth, Lahn-Dill-Kreis (Stabsstelle Wirtschaft, Sport, Kultur und Ehrenamt),
Tel.: 06441 407-1864 – Email: Manfred.Orth@Lahn-Dill-Kreis.de

Antragsbearbeitung:

Investitionsbank Hessen

Dieter Kaps, Tel. 0611 7747368 – E-Mail: dieter.kaps@ibh.hessen.de

Gerhard Schwender, Tel.: 0611 774-7259 – EMail: gerhard.schwender@ibh.hessen.de

Bürgschaftsbank Hessen

Georg Schmidt, Tel.: 0611 1507 36 – EMail: schmidt@bb-h.de

Norbert Kadau, Tel.: 0611 1507 30 – EMail: kadau@bb-h.de